

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Cossletten und J. B. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstraße 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Booder, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Der todte Schulze gegen den lebenden Lassalle.

XIV.

In Nr. V. dieser Artikel haben wir, Herr Schulze, die Anschauungsweise in Sachen des Risico's, zu deren Begründung und Verteidigung Sie Ihre Schrift herausgegeben haben, in folgende Worte zusammengefaßt:

„Der Geschäftsunternehmer bezieht einen gewissen Gewinn als Ersatz für das Risiko, welches er durch Unternehmung des Geschäftes läuft, dieses Risiko kann nicht abgeschafft werden, also ist jener Gewinn ebenso nothwendig wie gerecht, folglich ist jede Bekämpfung desselben ebenso unflüchtig wie ungerecht.“

Wir haben diese Auffassung durch eingehende Ausführungen als eine falsche nachgewiesen und stellen nunmehr unsere Ergebnisse zusammen.

Das Risiko — so führten wir aus — kann im jetzigen Gesellschaftszustande allerdings nicht abgeschafft werden; denn dasselbe entwickelt sich mit innerer Nothwendigkeit aus dem Kapital im heutigen Sinne, d. h. aus dem der Arbeit als selbstständige Macht gegenübergestellten Kapital. Die kapitalbesitzende Klasse in ihrer Gesamtheit trägt, wie aus dem steigenden „Nationalreichtum“ hervorgeht, kein Risiko: allein jeder einzelne Unternehmer trägt ein solches. Für ihn ist also auch die Risico-prämie (der Kapitalgewinn) nothwendig und, wie man unter den Voraussetzungen des jetzigen Gesellschaftszustandes sogar zugeben kann (bedingungsweise), gerecht.

Allein die Betrachtung der Sache im Großen, weit entfernt, zu beweisen, was Sie aufstellen, führt im Gegentheil zur Erkenntnis, daß dieser jetzige Gesellschaftszustand weder ein gerechter noch ein nothwendiger ist.

Wir haben Ihnen nämlich, was zunächst die Gerechtigkeit betrifft, nachgewiesen, daß dasjenige, wovon das Risiko getragen wird, das Kapital selbst, nach den Grundsätzen des natürlichen und selbstverständlichen Rechtes der Gesamtheit der Arbeitenden gehört, weil nur durch sie alle Werthe geschaffen werden; wonach sich der jetzige Zustand als eine Ausbeutung des arbeitenden Volkes durch wenige Kapitalbesitzer darstellt, welche Ausbeutung immer nur möglich ist durch selbstständiges Kapital, d. h. durch eine der jetzigen Ausbeutung schon vorhergegangene andere Ausbeutung.

Wir haben ferner gezeigt, daß durch das Risiko, welches aus dem Schoße des der Arbeit selbstständig gegenübergestellten Kapitals herauswächst, der Gesellschaft ein Charakter ertheilt wird, in welchem die Freiheit des Einzelnen nahezu aufgehoben ist; und zugleich haben wir das gehässige und schwindelhafte Wesen der Concurrenz, welches nothwendig mit diesem Zustande verbunden ist, bloßgelegt.

Wir haben aber ferner auch gezeigt, daß diese jetzige Wirtschaft durchaus nicht eine nothwendige und unabshaffbare ist; wir haben

Ihnen vielmehr eingehend nachgewiesen, wie man unter Aufhebung der Gegenstellung von Kapital und Arbeit, mit Wegfall insbesondere der Concurrenz, einen haltbaren Gesellschaftszustand herstellen kann; und wir haben Ihnen weiter gezeigt, daß in diesem Zustande die Production eine unendlich gesteigerte, die Durchschnittslage des Einzelnen eine weit bessere sein würde; sowie endlich auch, daß dann nur von Freiheit und wahrer „Selbstbestimmung“ die Rede sein kann, nicht aber heute.

Es stellt sich aus alledem für die Hauptstreitfrage das Ergebnis heraus: daß das Risiko zwar allerdings nicht aus der jetzigen Gesellschaft herausgebracht werden kann; daß es aber dadurch aus der Welt zu schaffen ist, daß mit dem jetzigen Gesellschaftszustande auch die dem Risiko zu Grunde liegende Ursache hinweggeräumt wird.

Im Gegentheil also zu Ihrer Anschauung: „das Risiko kann nicht abgeschafft werden, also ist jener Gewinn ebenso nothwendig wie gerecht; folglich ist jede Bekämpfung desselben ebenso unflüchtig wie ungerecht.“

im Gegentheil zu dieser Anschauung sind wir berechtigt zu sagen:

„Das Risiko und mit ihm der Kapitalgewinn kann abgeschafft werden; der Kapitalgewinn ist eine Ausbeutung; folglich ist die Bekämpfung des Kapitalgewinnes wie überhaupt die Bekämpfung dieses jetzigen Zustandes und seiner sämtlichen wesentlichen Ausflüsse ebenso vernünftig wie gerecht.“

Zugleich mit der Widerlegung Ihrer hauptsächlichsten Aufstellungen haben wir die Nichtigkeit Ihrer sonstigen Behauptungen dargelegt; wir haben, um uns nicht beständig mit Ihnen vereinzelt hingeworfenen Behauptungen herumzuschleppen zu müssen, die Anschauung unserer Partei, so weit es erforderlich war, in zusammenhängender Weise dargestellt, und Jeder mag jetzt unsere Arbeit mit der Ihrigen vergleichen. Nichts destoweniger wollen wir jedoch einige Ihrer marquirtesten Behauptungen und Anrufungen noch herausgreifen, um sie auf Grund der gegebenen Entwicklung, in ihrem wahren Werthe erscheinen zu lassen.

Auf Seite 4 orakeln Sie:

Eine Selbstverantwortlichkeit Jemandem aufbürden wollen, dem man nicht die Freiheit gewährt, sein Geschick selbstthätig in die Hand zu nehmen, ist ein Unding.“

Wir haben Ihnen gezeigt, daß heutzutage Niemand sein Geschick in der Hand hat. Wenn die Gesellschaft v. B. durch ihre unerschöpflichen Conjunctionen den Arbeitern die Arbeit entzogen hat, müssen diese einfach verhungern. Jene Selbstverantwortlichkeit ohne Möglichkeit der Selbstbestimmung, jenes „Unding“ besteht also, besteht gerade heute in der bürgerlichen Gesellschaft.

Sie orakeln weiter (S. 7):

Je weniger die innern Eigenschaften des Menschen entwickelt sind, je weniger er selbst weiß und leistet, desto

abhängiger ist er von der Außenwelt. Im Gegentheil, je energischer, je umsichtiger sich sein Wollen und seine Kraft betätigen, je mehr seine Kenntnisse, seine Erfahrung sich erweitern, desto mehr macht er sich aus dieser Abhängigkeit los, desto mehr wird er Herr der Umstände.

Wir haben Ihnen gezeigt, Herr Schulze, daß die „Entwicklung der inneren Eigenschaften des Menschen“ selbst von den gesellschaftlichen Verhältnissen abhängt und daß heute diese Entwicklung bei Verschiedenen sehr verschieden vorgenommen wird. Wir haben Ihnen ferner gezeigt, daß es, um „Herr der Umstände“ zu sein, weit weniger darauf ankommt, wie „energisch“ und „umsichtig“ das „Wollen“ und die „Kraft“ eines Einzelnen seien, als vielmehr darauf, ob und wie viel Kapital ihm durch die gesellschaftlichen Zusammenhänge zufällt.

S. 8 wagen Sie zu behaupten:

Abgesehen davon, daß der Culturfortschritt selbst die Tendenz hat, die Wage zu Gunsten dieses Factors („eigenes Wollen und Können“) mehr sinken zu machen u.

Unwahr, Herr Schulze! Der Zug unserer heutigen Cultur geht dahin, das große Kapital immer mächtiger, somit den einzelnen kapitallosen Arbeiter immer abhängiger von äußeren, nicht seinem „Wollen und Können“ unterworfenen Verhältnissen zu machen.

S. 11 sagen Sie:

Nicht das rechnet man dem Spieler zu, wenn man ihn für seinen Ruin verantwortlich macht, daß er verliert, daß die Chancen des Spiels, die er allerdings nicht voraussehen konnte, gegen ihn sind, sondern: daß er überhaupt spielt!

Wirklich? Welche Weisheit! Das Unglück ist nur, daß heute jeder spielen muß, er mag wollen oder nicht. Freilich ist es für Viele ein gar angenehmes Spiel, in welchem die Chance hauptsächlich darin besteht, ob sie weniger oder ob sie mehr gewinnen werden; für Andere freilich ein trauriges Spiel; das traurigste aber für jene, deren Chance nur darin besteht, ob sie mit knapper Noth leben können oder verhungern müssen.

S. 13 lägen Sie wie folgt:

Fleiß und Faulheit, Solidität und Piederlichkeit, Tüchtigkeit und Ungeschicklichkeit, Dummheit und Einsicht: das Alles sind ja dann ganz gleichgültige Dinge, auf die Nichts ankommt, die den Leuten ebensowenig nützen wie schaden, wie es die Lassalle'schen Sendboten täglich predigen, indem sie über die Bildungsstrebungen, über das Sparen der Arbeiter spotten.

Wo und wann haben die Mitglieder unserer Partei „gepredigt“, daß Fleiß und Faulheit, Solidität und Piederlichkeit, Tüchtigkeit und Ungeschicklichkeit, Dummheit und Einsicht gleichgültige Dinge seien? Wo und wann? Sie werden die Antwort schuldig bleiben, weil Ihre Behauptung auf einer wissenschaftlichen Verdrehung beruht.

Was unsere „Sendboten predigen“, ist nicht, daß jene Dinge gleichgültig seien, sondern daß es dem Arbeiter bei dem besten Fleiß, aller Solidität u. s. w. doch nie möglich sein werde, das Joch des ihn ausfaugenden Kapitals zu brechen. Diese trau-

rige Wahrheit allerdings predigen unsere Sendboten und sollen sie predigen auch fürderhin.

Sie phantasieren weiter:

Natürlich! Keiner hat die Verantwortlichkeit für seinen Nahrungszustand, Keiner also auch die Pflicht der Selbstsorge, dafür muß die Gesellschaft eintreten, d. h. alle Andern zusammen. Aber, mein Himmel, mit allen diesen Andern, welche die Gesellschaft ausmachen, hebt es ja um kein Haar breit anders, die sind ja ebenfalls ihrerseits ein Jeder dieser Selbstsorge und Verantwortlichkeit entbunden, auf wem bleibt denn nun schließlich das Ganze sitzen, wer tritt denn nun eigentlich für den Andern ein?

Es ist Ihnen auseinandergesetzt worden, daß im socialen Staate Jeder einen „Nahrungszustand“ hat, in so weit er arbeitet, daß also Niemand „für einen einzutreten“ braucht, während gerade heute, Herr Schulze, verschiedene Leute, welche nicht arbeiten, sehr bedeutende „Nahrungszustände“ haben. Die Schlussfolgerung hieraus mögen Sie selbst ziehen.

Sie steigern Sie bis zu folgendem Ausruf:

Das ist doch eine verrückte Wirtschaft, und reizende Zustände, welche uns da in Aussicht ständen! Da rufen wir ja die unsinnigsten Ansprüche eines Jeden an einen Jeden hervor, und damit zugleich den Widerstand eines Jeden gegen einen Jeden.

Umgekehrt, Herr Schulze! Ansprüche an Niemanden werden geschaffen; so viel einer arbeitet, so viel kann er genießen, nicht mehr, nicht weniger. Wo ist da ein Anspruch gegen Andere? Und „Widerstand eines Jeden gegen einen Jeden?“ Wieso, Herr Schulze, wie können Sie es nur wagen, die Dinge so in ihr Gegenteil zu verkehren? Heute ist „Widerstand eines Jeden gegen einen Jeden“ und für die Zukunft wird dies gerade, mit der Concurrenz, wegfallen.

S. 21 sagen Sie:

Das wäre so ein Stück Weges zu der vielgepriesenen Gleichheit Cassalle's, zu der Hälfte für Alle ohne Ausnahme, für den ganzen Arbeiterstand, gleichviel wie sich die Einzelnen selbst dabei verhalten, wo sich Niemand besonders anzustrengen oder zusammenzunehmen braucht; daß nämlich Alle ohne Ausnahme im Nahrungs- und Wohlstande gleichmäßig zurück kämen.

Umgekehrt, Herr Schulze! Es ist Ihnen gezeigt worden, daß im zukünftigen Gesellschaftszustand, auf Grund einer ganzen Reihe von Ursachen, sich Jeder besser stehen wird, als heute.

S. 23 rufen Sie aus:

Ja, höre und staune, o Welt! Das Risiko, der Zubegriff aller Gefahren, welche gewerbliche Unternehmungen bedrohen, ist gänzlich und für immer beseitigt, wenn die Associationen Cassalle's unter Staatsgarantie erst, wie sie dies ja nach seinem Plane sollen und werden, die herrschende Form in Production und Handel bilden. Herrliche Aussichten! Alle unglücklichen Chancen im Geschäftsleben fallen fort, jedes gewerbliche Unternehmen muß gelingen, gleichviel, wie es begründet ist, gleichviel, wie man es dabei anfängt! Man braucht nur zu diesen Associationen zu schreiten und der Welt ist geholfen, es giebt kein Risiko mehr!

Allerdings, Herr Schulze, ist es so, obwohl Sie, die jetzige Wirtschaft für allein selig machend und ewig haltend, sich nicht in den neuen Zustand hineinzuwenden vermögen. Allerdings wird es kein Risiko mehr geben, wenn jene Associationen die „herrschende Form in Production und Handel“ geworden sind; es wird kein Geschäftsrisko mehr geben, schon darum, weil es keine Geschäfte im heutigen Sinne mehr geben wird. Und bliebe Etwas vom Risiko übrig, es würde sich so gleichmäßig auf Alle vertheilen, daß es unmerkbar würde.

S. 24:

Man kommt dem blinden Glück zu Hilfe, schafft die unglücklichen Möglichkeiten und damit das Risiko ab, und behält bloß die günstigen bei, dann muß man gewinnen.

Nein, Herr Schulze! Man schafft überhaupt alle Chancen ab, die „ungünstigen“, wie die „günstigen“; man producirt nicht mehr, um zu speculiren, sondern um zu consumiren.

S. 25:

Die höchst verschiedene Begabung und Ausbildung der Einzelnen, Unvollkommenheit und Schwäche der menschlichen Natur überhaupt, die Mängel des gegenwärtigen Culturzustandes müßten beseitigt, die Schranken menschlicher Einsicht und Kraft durchbrochen, die Abhängigkeit des Menschen von der Außenwelt völlig aufgehoben werden — kurz es gälte die Menschlichkeit abzusprengen, und man müßte ein Gott sein, um dies

alles zu bewirken, Menschen und Welt geradezu umschaffen!

Ei, ei, Herr Schulze! Müßen wir Ihnen wieder die Begriffe zurechtlegen? „Die höchst verschiedene Ausbildung der Einzelnen und die Mängel des gegenwärtigen Culturzustandes beseitigen“, das nennen Sie, indem Sie es zwischen verschiedenes Andere einstreuen, das nennen Sie — es ist köstlich! — „Die Menschlichkeit abstreifen!“ Gut denn, Herr Schulze! Diese Menschlichkeit wird abgestreift werden: man wird allerdings bestrebt sein, die „höchst verschiedene“ Ausbildung in eine möglichst gleichmäßige zu verwandeln; man wird allerdings suchen, die „Mängel“ des gegenwärtigen Culturzustandes aufzuheben.

Aber man wird zugleich als Curiosum notiren, daß es im 19. Jahrhundert einen „Volksfreund“ gab, der dies Streben, die höchst verschiedene Ausbildung möglichst anzugleichen und die Mängel (Sie selbst, Herr Schulze, sagen Mängel) des gegenwärtigen Culturzustandes aufzuheben, als beabsichtigte „Abstreifung der Menschlichkeit“ bezeichnete.

S. 29:

Die stetige Zunahme ist unter der Herrschaft der bisherigen Industrieform und zwar am raschesten überall da erfolgt, wo der Selbstverantwortlichkeit und Freiheit, also der Concurrenz, der weiteste Spielraum gegeben wurde. Daß in dem auf das Gegentheil basirten System L's an ein solches Wachstum nicht weiter zu denken wäre, ist ausgemacht.

Wiederum umgekehrt, Herr Schulze! Das heutige „Nationalkapital“ ist vermöge der außerordentlichen Erziehbildigkeit der Arbeit, trotz großer Gebrechen im Wirtschaftszustande und auf Kosten des arbeitenden Volkes gestiegen; es wird in Zukunft, nach Wegfall jener Gebrechen, noch mehr steigen; es wird dies thun ohne Abmagerung des arbeitenden Volkes und es wird in Wahrheit ein „Nationalkapital“ sein, nicht mehr, wie heutzutage, das Verborgene, womit eine kleine Klasse das arbeitende Volk ausbeutet.

S. 30:

Gesellschafts-Systeme, welche der menschlichen Natur widersprechen, den angeborenen Trieben und Anlagen der Menschen widersprechen, können nur mittelst des Zwanges durchgeföhrt werden, wie wir noch heute bei allen Einrichtungen sehen, welche auf dieser Beschränkungen hinauslaufen.

Ganz recht! Aber nicht unser „Gesellschafts-System“ ist ein solches. Nicht durch Zwang wird man es aufrecht zu erhalten brauchen. So weit aber Zwang zur Aufrechterhaltung desselben nöthig sein sollte, stehen ja dem socialen Staate die Tausende von Gefängnissen, Corrections-, Zuchthäusern u. s. w. zur Verfügung, durch deren tägliche Anfüllung allein die bürgerliche Gesellschaft sich zu erhalten vermag, durch deren tägliche Anfüllung vor Allem mit Eigenthumsverbrechen sie allein bestehen kann. Und der sociale Staat könnte Diejenigen, die sich seiner Ordnung nicht fügen, mit weit größerem Rechte strafen, als der heutige Staat es thut; denn dort könnte nur durch eigene Schuld einer sinken, während hier Tausende die Opfer der Verhältnisse sind. Ueberhaupt, Herr Schulze, muß in Sachen des „Zwangs“ die heutige Gesellschaft mit ihrer Scheinfreiheit für den kapitallosen Mäuschen still sein.

Doch genug! Wir schreiten zur letzten Aufgabe, die uns geworden ist: in Kürze auseinanderzusetzen, wie die Dinge sich während eines etwaigen Uebergangsstadiums gestalten würden.

Politischer Theil.

Deutschland.

* Berlin, 13. März. [Der Bruch der Habsburg-Hohenzollern'schen Allianz] wird nun auch von der „Kreuztg.“ bestätigt, die mit wehmüthiger Resignation um „getreuen Allirten“ Abschied nimmt. Sie meint: Preußen werde die österreichische Depesche vom 7. Februar nicht beantworten, weil man in Wien keine Verständigung mit Preußen wolle. Seitdem Graf Mensdorff in das Ministerium getreten, hätten die preußenfeindlichen Räte desselben die Oberhand. Von Wien

aus setze man alle Hebel in Bewegung, um Preußen zu schaden, aber —

„wir sind nicht gemeint, auf die Damer den unglücklichen Freier zu spielen.“

Wenn die beiden deutschen Großmächte einzig wären, meint die „Kreuztg.“, ließen sich die schleswig-holsteinische und die deutsche Frage lösen, aber —

„Oesterreich will nicht mit uns gehen. Es erachtet jeden Vortheil Preußens sich für Schwaben.“

„Woblan denn, still stehen können wir doch nicht auf Wiener Commando. So gehen wir allein.“ Nach Oelmüt?

[Zur Elberzogthümerfrage] wird der „Morning Post“, aus Wien, ohne Garantie für die Nachricht, gemeldet, daß der österreichische Ministerrath Vorschläge zu Gunsten einer friedlichen Lösung der zwischen Oesterreich und Preußen schwebenden Fragen aufgestellt habe und daß diese Vorschläge am 10. d. nach Berlin abgegangen seien. Das gleiche Blatt widerlegt das der „Köln. Ztg.“ telegraphirte Gerücht, daß Oesterreich Englands Dienste zur Ausgleichung der mit Preußen schwebenden Differenzen erbeten habe. Preußen habe kein Ultimatum nach Wien abgeschickt.

[Das Gesspenst der Bundesreformfrage] scheint man allen Ernstes im Palais der Wilhelmstraße aus seiner Gruft, in der es seit 1863 gelegen hat, auf das Schlachtfeld der zahlreichen diplomatischen Verlegenheiten beschwören zu wollen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ kommt heute abermals auf diesen steinernen Gast zurück. „Lösen wir die Bundesreform“, meint sie, „und wir werden mit ihr die holsteinische Frage gelöst haben.“ Oesterreich werde Preußen „gern entgegenkommen und die Frage da aufnehmen, wo sie 1863 stehen geblieben.“ Die Bereitwilligkeit zur „Wiederaufnahme von 1863“ zugegeben, wird es, wer zweifelt noch daran? mit dem „gern Entgegenkommen“ schon bei dem frommen Wunsche der „Nordd. Allg. Ztg.“ sein Bewenden haben müssen. Daß es dieser — die doch in einer solchen Frage schwerlich ein Dementi des „Staatsanzeigers“ wird riskiren wollen — sehr Ernst ist mit ihren Betrachtungen, dies beweist, daß sie es für zeitgemäß hält, das preußische Programm in dieser Frage abzurufen, welches in dem vom 22. Okt. 1863 datirten Antwortschreiben des Königs von Preußen auf das Collectivschreiben der deutschen Fürsten dargelegt ist. Die drei von Preußen aufgestellten Punkte lauten:

1) Das Veto Preußens und Oesterreichs mindestens gegen jeden Bundeskrieg, welcher nicht zur Abwehr eines Angriffes auf das Bundesgebiet unternommen wird.

2) Die volle Gleichberechtigung Preußens mit Oesterreich zum Vorsitz und zur Leitung der Bundesangelegenheiten.

3) Eine Volksvertretung, welche nicht aus Delegation, sondern aus directen Wahlen nach Maßgabe der Bevölkerung der einzelnen Staaten hervorgeht, und deren Befugnisse zu beschließender Mitwirkung in Bundesangelegenheiten Gegenstand der Verhandlung, aber jedenfalls ausgebehnter zu bemessen sein würden, als in dem vorliegenden Entwurf einer Reformacte der Fall ist.

Interessant wäre wohl, zu erfahren, ob für solche Volksvertretung am Bunde ebenfalls der Obertribunalsbeschuß vom 29. Januar maßgebend zu sein hätte?

— Oesterreich und die Mittelstaaten] in ihrer Stellung gegenüber Preußen können nicht treffender charakterisirt werden, als dies durch einen Artikel der Wiener „Presse“ geschieht, von welchem wir ein Probheben geben wollen:

Fünfzig Friedensjahre haben die meisten deutschen Staaten reich und feig gemacht. Sie haben nur noch Sinn für ihre eigene Fortbildung, und sie müßen sich für den Appetit dessen, der sie zu verzehren trachtet. Es ist schwer, unter solchen Verhältnissen gerecht sein zu wollen. Es ist eine harte Aufgabe, denen zu helfen, die spröde thun, wenn man ihnen Wohlthaten erweist, und die ihren Erretter aus einer Todesnoth fast wie einen Ueberlästigen und Zudringlichen behandeln müßten. . . Geographische Gründe, die seiner ausföhrlichen Darlegung bedürfen, machen es Jedem klar, daß unser Verbleiben in Poßsein ein zeitlich begrenztes ist. Wir erfüllen dort eine temporäre Mission, die mit Opfern verknüpft ist. Wir können unzeitiglich sein, wenn Deutschland erkennt, welchen Nutzen ihm unsere Haltung bringt, und wenn es sich bereit erklärt, von seiner Kraft Gebrauch zu machen, um neben uns stehend ein Princip zu vertheidigen, von dessen Aufrechterhaltung die deutsche Föderation abhängig